

Das Papier hat der Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung des GEW-Hauptvorstandes unter breiter Beteiligung von GEW-Kolleginnen und -Kollegen aus der Wissenschaft, der Jugendhilfe, der beruflichen Bildung und den verschiedenen Schularten erarbeitet und der GEW-Hauptvorstand am 13. November 1999 beschlossen. Bei den Diskussionen und der Erarbeitung sind wir davon ausgegangen, dass das vielschichtige Thema nicht nur aus dem Blickwinkel der beruflichen Bildung, sondern auch der allgemeinbildenden Schulen, der Jugendhilfe und der Weiterbildung sowie unter frauen- und migrantenpolitischen Aspekten zu behandeln ist. Entsprechend sind die GEW-internen Diskussionsprozesse organisiert, d.h. die entsprechenden GEW-Gremien beteiligt worden.

Zur beruflichen Bildung von benachteiligten jungen Menschen

Die GEW konzentriert sich in diesem Diskussionspapier auf die Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen und jungen Menschen, wohl wissend, dass sich Forderungen zur Bildung und Qualifikation von Benachteiligten nicht an die Grenzen zwischen einzelnen Bildungs- und Politikbereichen halten: Allgemeinbildende Schulen, Jugend(berufs-)hilfe, Beratungsinstitutionen, Arbeitsverwaltung, berufliche Erstausbildung und Weiterbildung sind gleichermaßen bei der Bewältigung der bildungs- und gesellschaftspolitischen Herausforderung gefragt.

I. Umfang des Problems

Im ersten Teil werden die Lebensperspektiven und die spezifischen sozialen und arbeitsmarktpolitischen Probleme von benachteiligten jungen Menschen beschrieben, die sich zu einem großen Teil nicht nur aus familien- und milieubedingten Schwierigkeiten, sondern aus gesellschaftlichen Entwicklungstrends ergeben: Zunehmende Armut, Arbeitslosigkeit, ethnische und geschlechtsspezifische Benachteiligungen sowie der Mangel an Ausbildungsstellen und Arbeitsplätzen sind zu einem großen Teil verantwortlich für die Entstehung von Benachteiligungen. Dies führt zu einer zunehmenden Segmentierung der betroffenen jungen Menschen und sozialen Verwerfungen wie fehlender materieller Absicherung, psychosozialen Folgen, Neigung zu Gewalt und Rechtsextremismus sowie gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

Das Diskussionspapier zählt zur Zielgruppe der „originär“ benachteiligten Jugendlichen und jungen Menschen, die aufgrund bestimmter ethnischer, sozialer und geschlechtsspezifischer Merkmale auf Schwierigkeiten in Bildung und Ausbildung stoßen: Schulabgänger/innen ohne Hauptschul- oder vergleichbaren Schulabschluss, Schulverweigerer/innen, junge Menschen aus schwierigem sozialen und familiären Umfeld. Obwohl junge Menschen, die jahrelang erfolglos eine Ausbildungsstelle gesucht haben, als ehemals „nur“ Marktbenachteiligte faktisch in die Gruppe der originär Benachteiligten abgedrängt werden, wird hier eine deutliche Trennung der Begrifflichkeit vorgenommen: Jugendliche, die aufgrund des mangelhaften Lehrstellenangebots ohne Ausbildung bleiben, dürfen nicht zu Benachteiligten werden, für sie ist ein umfassendes Konzept für ein qualifiziertes und auswahlfähiges Ausbildungsangebot zu fordern. Adressaten unserer Forderungen sind also nicht die Marktbenachteiligten, sondern die originär Benachteiligten.

Nach einer Beschreibung und dem Versuch einer Kategorisierung der vielfältigen Angebote und Programme für benachteiligte junge Menschen wird deren Grundstruktur und Zielsetzung grundsätzlich als sinnvoll bewertet. Allerdings ergeben sich eine Vielzahl von Problemen aus den folgenden Defiziten:

- der auf Selektion statt Integration angelegten gegliederten Struktur des der beruflichen Bildung vorgelagerten Systems der allgemeinbildenden Schulen, das die Prävention nur mangelhaft leistet;
- der Unübersichtlichkeit und Heterogenität der Programme, Akteure und Zuständigkeiten;
- der faktischen, teilweise aus finanzpolitischen Gründen eingetretenen Negativ-Entwicklung bei einzelnen Instrumenten der Benachteiligtenförderung.

II. Eckpunkte und Forderungen

Ein umfassendes Konzept zur Berufsausbildung von jungen Menschen muss verschiedene, miteinander zu vernetzende Lösungsansätze

verfolgen, die über die Erstausbildung hinausgehen, also die allgemeine Bildung und die Weiterbildung mit einbeziehen. Im Wesentlichen muss ein solches Konzept folgende Ebenen umfassen:

- Die Prävention, also die Vorbeugung und Verhinderung von erschwerenden und sozial ausgrenzenden Lebenslagen.
- Eine qualifizierte Ausbildung für alle als prioritäres Ziel.
- Die soziale Integration und Persönlichkeitsstabilisierung.
- Die Verhinderung von Arbeitslosigkeit und ggf. Nachqualifikation.

Diese Ziele werden wie folgt konkretisiert:

1. Prävention

Um in der allgemeinbildenden Schule dem Entstehen von Benachteiligung entgegen zu wirken, muss sich das tendenziell selektive Schulsystem strukturell und curricular in Richtung Förderung und Integration verändern. Dazu sind folgende Reformschritte erforderlich:

- Individualisierung von Lernprozessen und Arbeitskonzepten.
- Reduzierung der Zahl der Schulabgänger/innen ohne Schulabschluss durch Senkung der Klassenfrequenzen und spezielle Förderangebote, Veränderung von Lerninhalten und -methoden, Verzicht auf die Ausschulung ohne konkrete Anschlussperspektiven und gezielte Lehrerfortbildung.
- Ausbau der Schulsozialarbeit und Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Eltern, beruflichen Schulen, Beratungsstellen, Jugendhilfe und Arbeitsverwaltung.
- Generelle Einführung von Berufsorientierung, Arbeitslehre- und Werkstattunterricht.

- Entwicklungsbegleitende Beratung auch über die Schulzeit hinaus.

2. Berufsausbildungsvorbereitung

- Hauptziel der Berufsausbildungsvorbereitung muss die Aufnahme einer Ausbildung sein. Dabei ist die Vermittlung von Grundqualifikationen und -kompetenzen mit der Persönlichkeitsstabilisierung und Hilfen zur Bewältigung von Lebensproblemen zu verbinden. Dazu sind spezifische sozialpädagogische Angebote erforderlich.
- Der Unterricht soll projekt- und praxisorientiert organisiert und durch Betriebspraktika (Betriebstage) ergänzt werden.
- Während der Berufsausbildungsvorbereitung erbrachte Teilqualifikationen und erworbene Kompetenzen sollen zertifiziert und auf eine anschließende Berufsausbildung angerechnet werden.
- Hohe Professionalität, d. h. eine ausreichende und umfassende Qualifikation der Lehrer/innen und des sozialpädagogischen Personals ist hier besonders wichtig; dazu gehören auch gemeinsame Fortbildungen aller in berufsvorbereitenden Maßnahmen tätigen Pädagog/inn/en.
- Wenn das Berufsausbildungsvorbereitungsjahr (für Hauptschüler/innen ohne Abschluss) eine Variante zur Absolvierung des 10. Schuljahres darstellt, darf es nicht an einen freien Träger verlagert werden, sondern muss an der berufsbildenden Schule angesiedelt sein.

3. Berufsausbildung

Ein besonderer Schwerpunkt der Benachteiligtenförderung muss im Ausbau und in der vermehrten Rekrutierung von Ausbildungsangeboten für Benachteiligte und in der Unterstützung während der Ausbildung liegen.

Theoriegeminderte Schmalspurberufe mit verkürzter Ausbildungszeit sind keine akzeptable Lösung für Benachteiligte;

deswegen sind auch für sie vollqualifizierende Ausbildungen zu fordern. Für einen gewissen Teil von benachteiligten und lernschwächeren Jugendlichen ist es allerdings schwierig, eine volle Ausbildung in einem Zug zu schaffen; deswegen sollte ihren individuellen Lern- und Lebensbedingungen durch gezielte Hilfen und eine spezifische zeitliche und didaktische Gestaltung der Ausbildung Rechnung getragen und die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür gesichert werden. Dazu gehören:

- Die ausbildungsbegleitenden Hilfen sind auszubauen und mit sozialpädagogischen Angeboten zu verbinden.
- Bei der Einführung neuer Ausbildungsgänge ist darauf zu achten, dass diese nicht nur den Inhabern höherer Bildungsabschlüsse, sondern auch Hauptschulabsolvent/inn/en und Benachteiligten offen stehen, ohne dass diese Berufe als Benachteiligtenberufe deklariert werden. Die Prüfungsmodalitäten sind so zu ändern, dass auch handlungsorientierte Kenntnisse und Fähigkeiten beurteilt werden, statt ein Riesenspensum von abfragbarem Wissen auf einmal zu prüfen.
- Die Berufsschule muss sich durch eine besondere Lerngestaltung, Schulsozialarbeit und Stütz- und Förderprogramme auf die Zielgruppe der Benachteiligten einstellen.
- Außerbetriebliche Ausbildungsstätten sind auszubauen und - auch durch die Integration sozialpädagogischer Angebote - zielgruppengerecht zu gestalten.
- Die Praxis der 48er-Berufe ist zu überprüfen und zu gewährleisten, dass sie sich nicht als berufliche Sackgassen erweisen.
- Die Möglichkeit der Ausbildungsverlängerung ist immer dann zu praktizieren und zu garantieren, wenn dadurch der Ausbildungserfolg gesichert werden kann. Die Chancen einer stärkeren zeitlichen und didaktischen Strukturierung der Ausbildung („Modularisierung im Rahmen des Berufskonzepts“), die den Lernvoraussetzungen von

Benachteiligten eher entgegen kommt, müssen geprüft werden. Dabei ist dem Risiko, dass sie als Einfallstor für qualitativ geminderte Kurzausbildungen missbraucht wird, durch entsprechende Regelungen gegen zu steuern. Ein Zertifizierungsverfahren und die Ausstellung eines Qualifizierungspasses sollten es ermöglichen, die jeweils erworbenen Kompetenzen des Auszubildenden festzuhalten. Unabdingbar ist vor allem die Durchlässigkeit, d. h. auch die durch die materiellen Rahmenbedingungen abgesicherte Garantie, den jeweils nächsten Ausbildungsabschnitt bis hin zum vollen Berufsabschluss absolvieren zu können.

4. Nachqualifizierung

Jungen Erwachsenen, die eine berufliche Erstausbildung zunächst nicht geschafft haben, muss die Möglichkeit angeboten werden, sich parallel zu einer Erwerbstätigkeit in ihren Lern- und Lebensbedingungen entsprechenden Formen auf einen Berufsabschluss hin zu qualifizieren. Damit ist die Verbindung zur Weiterbildung hergestellt. Das mögliche Instrument für eine solche Nachqualifikation ist der Qualifizierungspass, in dem die einzelnen Qualifizierungsnachweise festgehalten werden. Das Förder-Instrumentarium des SGB III und das Berufsbildungsgesetz sind entsprechend zu ändern.

5. Persönlichkeitsbildung und soziale Integration von jungen Menschen in erschwerten Lebenslagen

- Aufgabe der beteiligten Akteure in der Schule, der Berufs- und Sozialpädagogik ist es, die soziale Integration von Jugendlichen in erschwerten Lebenslagen ggf. so lange zu unterstützen, wie sie diese ständige (sozial-)pädagogische Begleitung zur Lebensbewältigung brauchen.
- Außer dieser Alltagsbegleitung und der Unterstützung durch regionale Beratungsstellen sind auch arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Initiativen und Instrumente notwendig: Die jungen Menschen sollten möglichst dauerhaft in Qualifizierungsmaßnahmen oder im Arbeitsprozess stehen, ggf. durch Lohnkostenzuschüsse

der Arbeitsverwaltung unterstützt. In den Zeiten zwischen Beschäftigungsverhältnissen muss ein Unterrichts- und Kursprogramm die Jugendlichen auffangen, das sie gleichzeitig weiter qualifiziert und ihnen Hilfe zur Lebensbewältigung im Alltag anbietet. Ggf. muss auch das Potential des zweiten Arbeitsmarktes, insbesondere von gemeinnützigen Beschäftigungsgesellschaften, genutzt werden.

6. Querschnittsanforderungen

Angesichts der strukturell vorgegebenen Heterogenität und den unterschiedlichen Zuständigkeiten in der Benachteiligtenförderung sind bundes- und landesweite und regionale Abstimmungen und Koordinationen zwischen den einzelnen Akteuren (Schulen, Arbeitsverwaltung, Jugend(berufs-)hilfe, beteiligte Landesbehörden, Kommunen, Kammern) und für alle Förderinstrumente dringend erforderlich. Dazu gehören:

- die Vereinbarung über Qualitätsstandards und finanzielle Mindestbedingungen;
- die Garantie der Anschlussfähigkeit der einzelnen Angebote, um die häufige Aneinanderreihung von nicht anschlussfähigen Maßnahmen („Maßnahmenkarrieren“) durch sinnvoll aufeinander abgestimmte und anrechenbare Sequenzen zu ersetzen;
- die verbesserte Abstimmung während der Phasen des Übergangs von einer Bildungsinstitution zur nächsten;
- die Einrichtung von regionalen „öffentlichen Berufsplanungs- und Entwicklungsstellen“, die abgestimmte Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit entwickeln und evaluieren und dabei alle finanziellen Ressourcen und Zuständigkeiten zusammenführen.

Weitere notwendige Reformschnitte und Querschnittsanforderungen sind:

- der Ausbau der Beratung und eine bessere Kooperation zwischen den einzelnen Beratungsdiensten,
- mehr verbindliche Kooperation zwischen den beteiligten Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften, ein hohes durch entsprechende Fortbildung gesichertes professionelles Niveau und kontinuierliche Qualitätssicherung,
- Forschung über die kurz- und längerfristige Wirkung von Benachteiligtenprogrammen sowie über die Lebens- und Berufsverläufe von benachteiligten jungen Menschen und ihre Lernbedingungen.

Beschluss des GEW-Hauptvorstands vom 13. November 1999

Literatur

- Biermann, Horst/Rützel, Josef: Behinderte und Benachteiligte im Qualifizierungsdilemma. In: Berufsbildung, Heft 40/1996.
- BMBF (Hg.): Berufliche Qualifizierung benachteiligter Jugendlichen., Neuaufl. 1999 (erstellt von INBAS Frankfurt)
- BMBF: Jugendliche ohne Berufsausbildung. Eine BIBB/EMNID-Untersuchung, Bonn 1999.
- BMBW (Hg.): Daten und Fakten über Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Bonn 1991 (EMNID-Studie).
- Braun, Frank u. a.: Probleme und Wege der beruflichen Integration von benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen. DJI-Arbeitspapier 1/1999.
- GEW-Hauptvorstand: Qualifizierte Ausbildung für alle. Diskussionspapier vom März 1998.
- Görner, Regina: Statement auf der Pressekonferenz am 10. Februar 1999 in Nürnberg „Zur aktuellen Situation auf dem Arbeitsmarkt“.
- Hiller, G. G.: Neue Perspektiven für benachteiligte Jugendliche?, In: bildung & wissenschaft, 11/1998, S. 1 ff.

- Kloas, Peter-Werner: 15 Jahre Benachteiligtenförderung - eine Zwischenbilanz. In: BWP 25/96.
- Kloas, Peter-Werner: Praktisch orientierte Berufe - ein unzureichendes Konzept. In: BWP 28/1999.
- Schierholz, Henning: Behinderte und die Erosion des Berufsbildungssystems: Bestandsaufnahme und Konsequenzen. In: berufsbildung, Heft 43/1997.
- Stark, Werner u.a. (Hg.): Lernschwächere Jugendliche im Übergang zum Beruf. - Dokumentation einer Fachtagung der Evangelischen Akademie Bad Boll, Klett-Verlag Stuttgart 1998.
- Storz, Michael: Schöne neue Arbeitswelt. Anmerkungen zur beruflichen (Teil-)Integration von marktbenachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen in postindustrieller Zeit. In: Zeitschrift für Heilpädagogik, Heft 10/97, S. 398 ff.
- Zielke, Dietmar: Grunddaten zur Benachteiligtenförderung, In BWP 28/1999.